

„Der größte Rohstoffhändler ist die Schweiz“

RKW-Forum mit dem früheren Bundesfinanzminister Hans Eichel: Finanzmarkt und Realwirtschaft passen nicht mehr zusammen

VON MICHAEL PAPROTH

Stuttgart – Passen Finanzmarkt und Realwirtschaft noch zusammen? „Ja“, sagt Martin Peters, der Vorstandsvorsitzende des RKW Baden-Württemberg, der darüber hinaus geschäftsführender Gesellschafter des Esslinger Autozulieferers Eberspächer ist. Ganz wohl fühlt sich der Unternehmer mit seinem Ja aber offenkundig nicht. Es sei ihm dabei unbehaglich zumute, räumt er ein – und gibt das Wort dem bald 70-jährigen Politiker Hans Eichel, der beim diesjährigen RKW-Forum im Foyer der L-Bank am Donnerstagabend in Stuttgart vor 400 Gästen einen Vortrag eben zu diesem Thema hält. Nebenbei: Das RKW Baden-Württemberg bietet mittelständischen Firmen Unternehmensberatung, Weiterbildung und Information an, die drei Buchstaben stehen stellvertretend für Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft. Hans Eichel wiederum steht für die Sozialdemokratie – seit 1964 ist er SPD-Mitglied. Einst war er Oberbürgermeister von Kassel, dann Ministerpräsident von Hessen und schließlich – nach dem spektakulären Abgang Oskar Lafontaines – in der von Gerhard Schröder geführten rot-grünen Regierung von 1999 bis 2005 Bundesminister der Finanzen.

Eichel sagt nein

Passen Finanzmarkt und Realwirtschaft also noch zusammen? „Nein“, sagt Eichel. Sparkassen sowie Volksbanken und Raiffeisenbanken meint er mit damit allerdings nicht. Deren Geschäftsmodell – mit den Einlagen vor Ort die Kredite vor Ort zu bedienen – erfährt seine ungeteilte Zustimmung. Eichel geht es um die deregulierten Finanzmärkte, auf denen sich Investmentbanken und Hedgefonds tummeln und nach Milliarden Gewinnen durch Warentermingeschäfte, Kreditausfallversicherungen oder Zertifikate trachten. „Der größte Rohstoffhändler ist die Schweiz“, sagt Eichel. Er meint damit die großen Banken in dem kleinen Land – und liegt damit nicht falsch: Das klassische Bankgeschäft spielt in entfestelten Finanzmärkten keine Rolle; und Privatkunden galten lange Zeit als uninteressant. Man muss nicht erst in die Schweiz schauen, um sich daran zu erinnern. Die Deutsche



Auf dem Podium (von links): Der SPD-Politiker Hans Eichel, Moderator Dieter Fritz, Professor Hans-Peter Burghof von der Universität Hohenheim und Gerhard Hofmann, Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Fotos: Bulgrin

Bank in Frankfurt gliederte Ende der 1990er-Jahre das Breitengeschäft mit ihren Privatkunden in die Deutsche Bank 24 aus. Investmentbanking, Firmenkunden und vermögende Privatkunden verblieben in der AG. Inzwischen tritt das Geldhaus wieder einheitlich auf und legte sich sogar die Postbank zu.

Steueroasen austrocknen

„Die Finanzmärkte haben sich über Jahrzehnte so entwickelt, wie es die Realwirtschaft nicht haben will“, sagt Eichel. 9000 Hedgefonds machten vor der Finanzkrise an der Wall Street und in der Londoner City ihre Geschäfte. Sie sind Eichel ein Dorn im Auge, ebenso wie die Offshore-Finanzplätze. Diese Steueroasen, etwa auf den Bahamas oder den Cayman- und Kanalinseln, zeichnen sich aus durch keine oder minimale Finanzmarktaufsicht. Sie sollten, folgt man Eichel, trockengelegt werden. Ziel dieser Investoren: Extrem hohe Profite durch blitzschnelle Geschäfte über elektronische Handelssysteme fernab ökonomischer Debatten – ein Schattenbanken-Bereich, der mit dem klassischen Bankgeschäft nichts mehr gemein hat, sondern nur das eigene Handelsgeschäft entschlossen vorantreibt. „2010 haben 25 Hedgefonds-Manager über eine Milliarde Dollar im Jahr verdient“, sagt Eichel, der generell nichts von einer Bindung der Managergehälter an kurzfristige Renditeziele hält.

Wie soll eine neue Finanzarchitektur aussehen? Eichel plädiert für umfassende Transparenz, um Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennen zu können. Zudem will er Sektoren, Akteure und Produkte regulieren, das Thema Ratingagenturen angehen, Risiken und Profite begrenzen sowie die Transaktionssteuer einführen. Aufsichtsgremien müssten zudem in die Reichweite der Finanzmärkte kommen, global könnte hier der IWF die Federführung übernehmen. Dem Politiker schwebt eine neue Ordnung vor, die das Eigenleben der Finanzmärkte zu zähmen versteht. Auch nationale Alleingänge hält er mittlerweile für sinnvoll, anders als früher: Banken beispielsweise, die nicht Willens sind, mit den deutschen Steuerbehörden zusammenzuarbeiten, hätten in Deutschland nichts verloren. Eichels Zuversicht, dass sich letztlich die Politik gegen die mächtigen Finanzmärkte behaupten kann, speist sich aus einer kraftvoll sprudelnden Quelle: dem Selbsterhaltungstrieb der Regierungen.

Früher ist billiger

Thema der sich anschließenden Diskussion ist – natürlich – Griechenland und die Staatsschuldenkrise. Professor Hans-Peter Burghof von der Universität Hohenheim nimmt kein Blatt vor den Mund, attestiert den Hellenen den Staatsbankrott und plädiert dafür, das Land gleich in die Pleite zu schicken: „Mach es früher,



Hans Eichel, der am 24. Dezember 70 Jahre alt wird, in der L-Bank in Stuttgart.

dann ist es billiger.“ Dem widerspricht Eichel, der auf Zeit setzt, damit die Griechen an ihrer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten können. Dabei bricht er eine Lanze für den umstrittenen Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank, der mittlerweile größten Bad Bank Europas. Mit Blick auf die Finanzmärkte sagt er: „Nur die EZB kann das Spiel stoppen, weil nur die EZB jede Summe ins Spiel bringen kann.“ Das gefällt Burghof nicht: „Die Zentralbank darf nicht zur Staatsfinanzierung missbraucht werden.“ Zeit helfe auch nur dann, wenn es in die

richtige Richtung gehe – was hier nicht der Fall sei. Auch Italien und Spanien kommen ins Spiel. Hofmann sagt, nur sie selbst könnten sich retten: „Niemand sonst.“ Zum Schluss will Moderator Dieter Fritz wissen, ob die Krise in einem Jahr gelöst sei. Eichel sagt ja, Burghof: „Ich weiß es nicht“ und Hofmann sieht eine Stabilitätsunion kommen, keine Transferunion. Bleibt eine Frage offen, die Eichel zuvor im Blick auf die Finanzmärkte stellte: „Das Öl, das in Rotterdam ankommt, hat unterwegs zigmal den Eigentümer gewechselt. Was macht das für einen Sinn?“

Aussage gegen Aussage

Hamamatsu/Wolfsburg (dpa) – Seit Wochen liegen Volkswagen und Suzuki im Clinch, jetzt haben sich die Fronten erneut verhärtet. Nachdem die Wolfsburger dem Partner vor einem Monat den Bruch des gemeinsamen Kooperationsvertrags vorgeworfen hatten, schoss das Suzuki-Management mit derselben Anschuldigung zurück. In einer Mitteilung an die Deutschen würden mehrere Verletzungen des Ende 2009 geschlossenen Rahmenabkommens moniert, hieß es gestern aus der Konzernzentrale in Hamamatsu. Genau dies hatte zuvor auch VW behauptet, weil die Japaner entgegen der Vereinbarung Dieselmotoren bei Fiat bestellt haben sollen. Ein VW-Sprecher sagte, man berate nun das weitere Vorgehen: „Das bezieht selbstverständlich auch mögliche juristische Schritte ein.“ Was dies konkret bedeuten könnte, sollen die Experten im Haus klären. Warum sich die für japanische Verhältnisse ungewöhnlich harsche Kritik nochmals verschärft hat, sei völlig unverständlich. „Volkswagen bedauert diesen Schritt sehr. Wir können ihn in keinstrengster Weise nachvollziehen und sehen den Vorwurf seitens Suzukis als unbegründet an“, erklärte das Unternehmen. Man habe sich immer an die bestehenden Verträge gehalten und alles für einen Erfolg getan.

Osamu Suzuki ist enttäuscht

Kernpunkt des Konflikts ist die Frage, ob Suzuki ausreichenden Zugang zur Technologie der Niedersachsen bekam. Die gegenseitige Kapitalverflechtung der beiden Autobauer – VW stieg mit knapp 20 Prozent bei Suzuki ein, Suzuki mit 1,5 Prozent bei VW – war für Konzernpatriarch Osamu Suzuki vor allem dazu gedacht, Einblick in die technische Entwicklung bei Europas größtem Hersteller zu erhalten. Da sich VW hier angeblich sperrte, sieht Suzuki seinerseits den Vertrag ad absurdum geführt: „Ich bleibe enttäuscht darüber, dass wir nicht bekommen haben, was uns versprochen wurde. Wenn Volkswagen keinen Zugang gewährt, müssen sie ihre Anteile zurückgeben.“ Die von VW Anfang September angezeigte Vertragsverletzung wegen Fremdgehens bei Fiat hatte er barsch zurückgewiesen – und Suzukis Ehre „verunglimpft“ gesehen. Die Japaner haben derweil einen Teil ihrer Mitarbeiter aus Wolfsburg abgezogen. Auf Arbeitsebene sprechen viele Kollegen aber noch miteinander.

BLICKPUNKT SCHULDENKRISE

Neuer Spar-Schock in Portugal

Lissabon (dpa) – Die Regierung des pleitebedrohten Euro-Landes Portugal hat neue drastische Sparmaßnahmen verkündet. Damit löste sie im ärmsten Land Westeuropas eine Welle der Empörung aus. Allen Bediensteten und Pensionären des Staates, die mehr als 1000 Euro im Monat beziehen, werde man in den nächsten zwei Jahren das 13. und 14. Monatsgehalt streichen, erklärte Regierungschef Pedro Passos Coelho in einer Fernsehansprache. Die Bundesregierung äußerte „großen Respekt“ für die Art, wie Portugal sich auf einen schwierigen Weg der Reformen mache und ein Sparprogramm auflege, wie dies nie zuvor der Fall gewesen sei. Unter anderem wird die Mehrwertsteuer auf mehrere Güter und Dienstleistungen auf den Normalatz von 23 Prozent angehoben. Außerdem werde man die Tagesarbeitszeit im Privatsektor um eine halbe Stunde verlängern, Feiertage streichen und die Ausgaben für Gesundheit und Bildung „wesentlich reduzieren“, sagte Passos bei der Vorstellung des Etat-Entwurfs 2012. Außerdem enthüllte er bei einer hitzigen Parlamentsdebatte, man werde Firmengewinne von über zehn Millionen Euro mit einem Sonderatz von mindestens fünf Prozent besteuern.

Nicht nur die linksgerichtete Opposition, auch die Kirche und fast alle Medien prangerten die meisten Maßnahmen scharf an. In Portugal werde „viel Blut fließen“, warnte der emeritierte Bischof von Setúbal, Manuel Martins. Das Massenblatt „Correio da Manhã“ titelte groß: „Passos zermalmt die Mittelschicht.“ Der Gewerkschaftsdachverband CGTP will nun die Aktionen der vom 20. bis 27. Oktober angekündigten „Kampfwoche“, „stark intensivieren“. Linke Parteien sprachen von einer „Kriegserklärung“ an die Bürger.

Abwandern in den Schattenbanksektor

Hilflose Finanzaufseher und neue Regulierungslücken

VON ANDRÉ STAHL

Paris – Es war die Kampfansage der Politik in der jüngsten Krise: Kein Finanzprodukt, kein Finanzmarkt und kein Finanzmarkt-Akteur sollen künftig unkontrolliert bleiben. Zwei Jahre nach dem großen Schwur der Topwirtschaftsmächte gibt es jedoch nach wie vor große Lücken. In ethischen Fragen sind die G20 in Verzug und teils heftig zerstritten.

■ Was haben die Wirtschaftsmächte denn bisher erreicht?

Seit dem G20-Gipfeltreffen im September 2009 in Pittsburgh – ein Jahr nach der Lehman-Pleite – hat sich auf nationaler, EU- und internationaler Ebene etwas getan. Der 47-Punkte-Plan der G20 wurde in großen Teilen abgearbeitet. Das Herzstück sind schärfere Eigenkapitalregeln für Banken („Basel III“). Geändert wurden auch Vergütungs- und Bonusregeln von Managern. In Europa überwachen drei Aufsichtsbehörden Zocker und Ratingagenturen. Vorgaben für Verbriefungen – also den Weiterverkauf von Forderungen – wurden verschärft. Auch der Druck auf Steueroasen wurde erhöht.

■ Offenbar zu wenig, wie die anhaltenden Turbulenzen zeigen?

Ja. Unabhängig vom aktuellen Streit über eine zwangsweise Kapitalisierung von Banken im Zusammenhang mit der Euro-Schuldenkrise wird schon länger über den Umgang mit internationalen und stark vernetzten Großbanken diskutiert. Für solche systemrelevanten Geldriesen soll es nicht nur zusätzliche Kapitalvorgaben geben. Im Gespräch ist auch ein Instrument, solche Großbanken bei einer Pleite geordnet abwickeln zu

können, ohne den gesamten Markt zu erschüttern. Diese Banken können künftig also nicht mehr darauf bauen, im Notfall vom Steuerzahler gerettet zu werden.

■ Es gab doch aber gerade erst „Banken-Stresstests“ samt Entwarnung?

Das stimmt. Die Auswirkungen von Staatspleiten wurden von den Kontrollreuren dabei aber ausgespart. Vor allem aber: Die eigentlichen Gefahren drohen der Finanzwelt durch den Boom bei hochriskanten Hedgefonds und den bisher völlig unkontrollierten Finanzjongleuren, die in den „Schattenbanksektor“ abwandern. Auch weil Banken und Versicherer inzwischen strenger beaufsichtigt werden, wächst die Gefahr von Ausweichmanövern. Die Nicht-Banken jonglieren mit dubiosen Konstrukten sowie unvorstellbaren Summen und wickeln jene Deals ab, die kontrollierte Banken auslagern.

■ Wie groß ist denn die Gefahr, die von „Schattenbanken“ ausgeht?

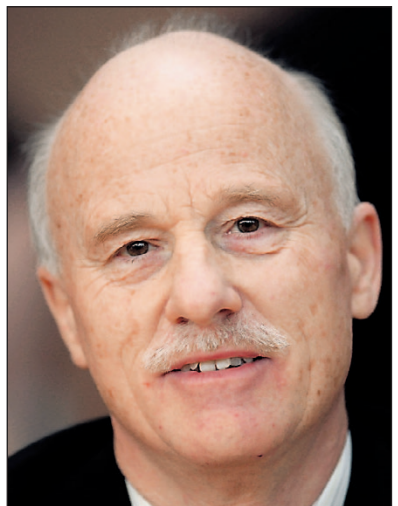
Bankenaufseher wie der deutsche Bafin-Chef Jochen Sanio warnen bereits seit Monaten vor dem nächsten Crash. Schätzungen gehen davon aus, dass allein in den USA mit 16 000 Milliarden Dollar ein großes Kreditvolumen bewegt wird als von den herkömmlichen Banken (13 000 Milliarden). Profiteure des neuen globalen Finanzcasinos sind Hedgefonds und sogenannte Private-Equity-Gesellschaften. Diese werden von regulierten großen Pensionsfonds, Versicherern und Banken derzeit mit frischem Geld geradezu zugeschüttet. Geldhäuser nutzen „Schattenbanken“ als Handelspartner, um Risiken loszuwerden.

■ Sind Schattenbanken die einzige Regulierungslücke?

Nein, es gibt noch andere Oasen für Zockerbuden, etwa den bisher weitgehend unregulierten gigantischen Markt für außerbörslich gehandelte Kreditderivate (OTC/„Over the Counter“). Das sind hochkomplexe und risikoreiche Finanzprodukte. Der Derivatemarkt soll Experten zufolge zehnmal größer sein als die gesamte globale Wirtschaftsleistung.

■ Haben Gegenmaßnahmen überhaupt eine Chance?

Völlig austrocknen lassen sich diese Regulierungsoasen wohl kaum. Es könnten aber auch Hedgefonds in aller Welt überwacht und Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und „Schattenbanken“ eingeschränkt werden. Allerdings: Bisher scheint mehr als ein Minimal-Konsens in der G20-Gruppe kaum möglich.



Aufseher wie Jochen Sanio warnen vor dem nächsten Crash. Foto: dpa

Unter Druck

Acht Großbanken droht Herabstufung

London/Frankfurt (dpa/dapd) – Die Deutsche Bank und sieben weitere Großbanken in Europa und in den USA sehen sich unter Druck. Die Ratingagentur Fitch droht mit der Herabstufung ihrer Kreditwürdigkeit, was für die Banken die Kosten der Refinanzierung verteuern würde. Zuvor hatte Fitch bereits die Einstufungen von vier Banken, darunter der Landesbank Berlin und der Schweizer Großbank UBS, herabgesetzt. Und: Die Ratingagentur Standard & Poor's hat die Kreditwürdigkeit von Spanien herabgestuft.

Fitch, eine der drei bestimmenden Ratingagenturen, hat neben der Deutschen Bank auch die britische Barclays Bank, die französischen Institute BNP Paribas und Société Générale, die Credit Suisse sowie die US-Banken Bank of America, Morgan Stanley und Goldman Sachs ins Visier genommen. Alle diese Banken seien unter Beobachtung für eine mögliche Herabstufung gestellt worden. Die Entscheidung über die Bonität der Banken solle schon bald fallen, erklärte Fitch in London. Die Gründe für die Überprüfung sind unterschiedlich. Die Verschlechterung solle sich aber auf ein, höchstens zwei Dritteln beschränken.

Für die europäischen Banken werden unter anderem die Auswirkungen der schärferen Kapitalvorschriften und der Staatsschuldenkrise im Euroraum angeführt. Bei der bisher mit „AA-“ eingestuften Deutschen Bank geht es nach den Angaben der Ratingagentur unter anderem um die Fähigkeit, die geforderte Eigenkapitalausstattung zu erreichen. Von der Euro-Schuldenkrise sei die Deutsche Bank nur sekundär betroffen, da sie ihre Belastung durch die entsprechenden Staatsanleihen bereits entscheidend verringert habe. Daneben geht es in

der Überprüfung ebenso wie bei den US-Banken um die Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Marktlage auf die Geschäfte der Kreditinstitute. Die Bank of America, die größte US-Bank, sei zudem noch immer stark in dem volatilen Immobilienmarkt der Vereinigten Staaten engagiert. Sorgen bereiten Fitch auch mehrere Klagen, denen sich das Geldhaus wegen des Verkaufs von durch Hypotheken gesicherten Wertpapieren ausgesetzt sieht, die nach dem Einbruch des Immobilienmarktes in den USA praktisch wertlos wurden.

Spanien verliert Note

Fitch hatte zuvor schon die britischen Banken Lloyds und Royal Bank of Scotland um jeweils zwei Dritteln von „AA-“ auf „A“ herabgestuft. Die Schweizer UBS sackte eine Drittstufe von „A+“ auf „A“ ab. Die Kreditwürdigkeit der Landesbank Berlin und deren Hypothekentochter Berlin Hyp sieht die Ratingagentur inzwischen nicht mehr bei „AA-“, sondern nur noch eine Drittstufe niedriger bei „A+“. Fitch begründete den Schritt, um ein Rating oberhalb des einzelnen „A“ zu rechtfertigen, müsse nach den inzwischen angewandten Kriterien eine Bank durch Garantien eines entsprechend hoch eingestuften Staates abgesichert sein. Die sogenannte Gewährträgerhaftung, mit der die öffentliche Hand in Deutschland für Sparkassen und Landesbanken einstand, war 2005 abgeschafft worden. Nach Fitch hat auch die Ratingagentur Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit von Spanien herabgestuft. Beide Agenturen bewerten das Land nun mit der vierthöchsten Note „AA-“, das heißt einer nur noch guten Bonität. Bei S&P besaß das Land vorher ein leicht besseres „AA“.